



Liebe Genossinnen und Genossen,
aus gegebenem Anlass flimmert vor Euch eine Sonderausgabe meines Online-Magazins Gazette „Zur Sache“. Wie Ihr es bestimmt mitbekommen habt, besuchte vor kurzem Olaf Scholz, Bundesminister für Arbeit, unseren Main-Kinzig-Kreis und bekleckerte sich dabei nicht gerade mit Ruhm. Die CDU Main-Kinzig nutzte die Gelegenheit mit „Faktenwissen“ zu brillieren und schleuderte dabei prompt zwei verschiedene Dinge durcheinander. Deshalb widmet sich diese Sonderausgabe dem Thema „Optionskommunen“.

Ich hoffe, ich konnte Euch wieder eine interessante Lektüre zusammenstellen.

Euer Heinz

CDU Main-Kinzig hat beim Thema AQA den Überblick verloren

Gut, dass wir Pipa und Raabe haben



Im Streit um die Rettung der AQA stellt sich der SPD-Landtagsabgeordnete Heinz Lotz demonstrativ hinter den SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Sascha Raabe und Landrat Erich Pipa. „Ein sozialdemokratischer Arbeitsminister kritisiert ein Erfolgsmodell für Arbeitsuchende, eine CDU/CSU-Bundestagsfraktion stimmt gegen Roland Koch und die CDU Main-Kinzig scheint komplett den Überblick zu verlieren – gut, dass wir Erich Pipa und Sascha Raabe haben, die den Durchblick behalten“, erklärt Heinz Lotz anlässlich der jüngsten Pressemitteilung der CDU Main-Kinzig. Aus diesem Grunde habe er dem Vorsitzenden der CDU Main-Kinzig, Tom Zeller, einen offenen Brief geschrieben, damit sich dieser in Zukunft nicht durch „fehlen jeglichen Faktenwissens“ (Zitat Tom Zeller) in der Öffentlichkeit blamiert.

Zunächst jedoch ein Rückblick: Als erste Kommune der Bundesrepublik Deutschland stellte der Main-Kinzig-Kreis 2004, unter Federführung von Landrat Erich Pipa den Antrag auf Zulassung der sogenannten Optionskommune. Die Gemeinnützige Gesellschaft für Arbeit, Qualifizierung und Ausbildung – kurz AQA – wurde 2005 gegründet. Durch Beratungen, Qualifizierung und Vermittlung vor Ort konnte die AQA innerhalb kürzester

Zeit überdurchschnittlich viele Menschen in den ersten Arbeitsmarkt vermitteln.

Doch dieses Erfolgsmodell wurde gefährdet: Das Bundesverfassungsgericht entschied Ende 2007, dass eine Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Bund verfassungswidrig sei – somit auch die Arbeit der AQA. Abhilfe sollte eine für 2009 geplante Grundgesetzänderung schaffen, für die sich auch Dr. Sascha Raabe (SPD) einsetzte. Jedoch kam es nie zu einer Abstimmung, da sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dagegen stemmte, obwohl sich alle 16 Ministerpräsidenten – darunter auch Roland Koch – für die Grundgesetzänderung aussprachen. Sowohl Erich Pipa als auch Dr. Sascha Raabe kritisierten die Blockadehaltung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion öffentlich.

Ein erneuter Rückschlag traf die AQA Ende 2008: Am 5. Dezember 2008 verabschiedete der Bundestag das Gesetz zur Neuordnung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente. Fatal für die AQA war hier der Passus, dass die sogenannten „sonstigen weiteren Leistungen“ stark eingeschränkt wurden. „Genau diese Leistungen gestatteten es der AQA die effektiven, auf die jeweiligen Situationen maßgeschneiderten Projekte und

Kurze Geschichte der Optionskommunen

2005: Das sogenannte Optionsmodell wurde als Feldversuch für die Betreuung von Arbeitslosen in Deutschland gestartet. 69 Kommunen schlossen sich an, darunter auch der Main-Kinzig-Kreis mit der AQA.

2007: Das Bundesverfassungsgericht entscheidet, dass eine Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Bund verfassungswidrig ist – damit auch die Optionskommune. Eine Grundgesetzänderung soll 2009 Abhilfe schaffen.

2008: Der Bundestag verabschiedet das Gesetz „zur Neuordnung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente“. Damit werden den Optionskommunen die wichtigsten finanziellen Mittel für die Wiedereingliederungsmaßnahmen genommen.

2009: Die geplante Grundgesetzänderung zur Rettung der Optionskommunen scheitert am Widerstand der CDU/CSU-Fraktion – gegen den Willen der 16 Ministerpräsidenten.

Nach aktuellem Stand hätten die Optionsmodelle damit zum 31. Dezember 2010 keine Rechtsgrundlage mehr.

Wiedereingliederungsmaßnahmen zu ermöglichen. Als einziger Bundestagsabgeordneter der großen Koalition aus CDU/CSU und SPD stimmte Dr. Sascha Raabe gegen dieses Gesetz und damit für die AQA“, erinnert sich Lotz, der über einen Brief an den Vorsitzenden der SPD-Bundes-

Fortsetzung nächste Seite...

